

■ 1 Insolvenzen

1.1 Insolvenzen in Deutschland im Jahre 2002

Die Insolvenzen in Deutschland haben auch im Jahre 2002 weiter zugenommen. Bei den Gesamtinsolvenzen – der Summe aller Anträge, gleichgültig, ob Regel- oder Verbraucherinsolvenzverfahren, Unternehmer oder Privatpersonen – ist eine Steigerungsrate von 66,4 Prozent festzuhalten. Die Zahl der Gesamtinsolvenzen 2002 beträgt 82.400; 2001 waren es 49.510 Insolvenzanträge in Deutschland. Getragen wird dieser Sprung von den Verbrauchern und den „sonstigen Insolvenzen“. Rund 45 Prozent der Gesamtinsolvenzen gehen auf das Konto der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland: 37.700 Betriebe aller Größen- und Rechtsformen mussten den Gang zum Insolvenzgericht antreten. 2001 waren es 32.390 Unternehmen, eine Steigerung um 16,4 Prozent.

**37.700 betroffene
Unternehmen**

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Gesamtdeutschland

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		Verbraucher- insolvenzen		sonstige Insolvenzen	
1993	20.298	+ 32,6%	15.148	+ 38,7%	-	-	-	-
1994	24.928	+ 22,8%	18.824	+ 24,3%	-	-	-	-
1995	28.785	+ 15,5%	22.344	+ 18,7%	-	-	-	-
1996	31.471	+ 9,3%	25.530	+ 14,3%	-	-	-	-
1997	33.398	+ 6,1%	27.474	+ 7,6%	-	-	-	-
1998	33.977	+ 1,7%	27.828	+ 1,3%	-	-	-	-
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	2.450	-	4.800	-
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	10.360	+ 322,9%	3.490	- 27,3%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	13.490	+ 30,2%	3.630	+ 4,0%
2002 *)	82.400	+ 66,4%	37.700	+ 16,4%	22.900	+ 69,8%	21.800	+ 500,6%

*) von Creditreform geschätzt

Bei den Gesamtinsolvenzen bleibt anzumerken, dass sich der sprunghafte Anstieg vor allem aus den jüngsten rechtlichen Änderungen der Insolvenzordnung und der daraus gebotenen statistischen Erfassung der Insolvenzanträge ergibt. Der Gesetzgeber war aus den ersten Erfahrungen dazu bewegt worden, das Verbraucherinsolvenzverfahren zu vereinfachen und zu erleichtern. Vor der erneuten Reform der Insolvenzordnung im Winter 2001 hatten auch Kleinunter-

Vermögensverhältnisse überschaubar

nehmer die Möglichkeit, das vereinfachte Verbraucherinsolvenzverfahren zu nutzen. Dies geschah auch vielfach und führte dazu, dass sich die Unterscheidung von Regelinsolvenzverfahren (für Unternehmen) und Verbraucherinsolvenzverfahren (für kleine Unternehmen und Verbraucher) verwischte. Dieses Dilemma wurde von der Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung – und auch vom Statistischen Bundesamt – bei der Veröffentlichung der Zahlen berücksichtigt, da hier kleine Unternehmen oder „Kleingewerbe“ bereits zu den Unternehmensinsolvenzen zählten: „In der Statistik ist diese Gesetzesänderung bereits antizipiert worden“ (Statistisches Bundesamt). Kleinunternehmer und ehemalige Selbstständige gehen nur dann nicht ins Regelinsolvenzverfahren, wenn sie weniger als 20 Gläubiger haben oder wenn keine Forderungen aus einem Arbeitsverhältnis gegen sie bestehen – insgesamt also die Vermögensverhältnisse überschaubar sind.

Somit beruht der Zugang von mehr als 16 Prozent bei den Unternehmensinsolvenzen für 2002 nicht auf einem „statistischen Bruch“ aufgrund der Änderung der Insolvenzordnung, sondern tatsächlich auf einer (weiteren) Verschlechterung der Unternehmensstabilität. Nicht legitim erscheint es in diesem Zusammenhang, Kleinunternehmen aus dem insolventen Unternehmensbestand herauszulösen und nur die handelsregisterlich eingetragenen Personen- und Kapitalgesellschaften als „richtige“ Unternehmen zu bezeichnen.

Von den Unternehmensinsolvenzen abzuheben sind die Insolvenzen von Verbrauchern und Privatpersonen. Im Jahr 2002 waren dies rund 44.700 Fälle. Die natürlichen Personen sind noch einmal – wie in den Vorjahren seit Einführung der neuen Insolvenzordnung 1999 – differenziert nach „Verbrauchern“ und „sonstigen Insolvenzen“. Dabei sind unter Verbrauchern diejenigen Personen zu verstehen, die mit keinerlei unternehmerischer Tätigkeit im Zusammenhang stehen. Bei ihnen ist der Begriff „Konsumentenkonkurs“ angebracht. Die Zahl dieser Konsumenten oder Verbraucher beträgt im Jahre 2002 22.900 Fälle. Das ist ge-

genüber dem Vorjahr ein Anstieg von 69,8 Prozent (2001: 13.490).

Unter die sonstigen Insolvenzen sind natürliche Personen zu zählen, die etwa Gesellschafter eines zahlungsunfähigen Unternehmens waren oder ehemals Selbstständige, die entweder ein Regel- oder ein Verbraucherinsolvenzverfahren anstrengen. Hinzuzuzählen sind auch die Nachlassinsolvenzen.

Der gewaltige Zugang in der Rubrik „sonstige Insolvenzen“ von 3.630 Fällen im Jahre 2001 auf 21.800 Fälle im Jahre 2002 (Steigerung: 500,6 Prozent) ist zurückzuführen auf viele ehemals Selbstständige, die sich mit der Verkürzung der Wohlverhaltensperiode von sieben auf sechs Jahre und vor allem von der Möglichkeit der Stundung der Verfahrenskosten gedrängt sehen, sich von ihren Schulden aus ehemaliger unternehmerischer Tätigkeit zu befreien. Die markante Steigerung ergibt sich im übrigen auch daraus, dass Schuldner- und Verbraucherberatungsstellen bereits im Jahre 2001 – als eine Erleichterung bei den Verfahren für Privatpersonen absehbar war – geraten haben, die Reform noch abzuwarten. Dieser Attentismus hat dann zur Insolvenzwelle bei Konsumenten und ehemals selbstständigen Verbrauchern im Regel- und Verbraucherinsolvenzverfahren geführt. Die Nachlasskonkurse unter den sonstigen Insolvenzen sind mit einem Anteil von gut zehn Prozent vertreten.

Warten auf die Reform

Die Betrachtung des Insolvenzgeschehens im Vergleich Ost- zu Westdeutschland zeigt zwei bemerkenswerte Unterschiede. Zum einen verzeichnen die Unternehmensinsolvenzen im Osten – wie bereits im Vorjahr – eine deutlich geringere Steigerungsrate als im Westen. Während in den alten Bundesländern die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 22,3 Prozent auf 26.600 Betriebe gestiegen ist (Vorjahr: 21.750), legt sie im Osten nur um 4,3 Prozent von 10.640 (2001) auf 11.100 (2002) zu. Dies mag daran liegen, dass es in den neuen Ländern im Hinblick auf die Unternehmenslandschaft zu einer Konsolidierung gekommen ist. Dies wird sich auch anhand der Zahlen zu

den Neuzugängen und Löschungen von Betrieben im Jahr 2002 im Osten festmachen lassen.

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		Verbraucher- insolvenzen		sonstige Insolvenzen	
1993	17.537	+ 24,2%	12.821	+ 30,5%	-	-	-	-
1994	20.092	+ 14,6%	14.913	+ 16,3%	-	-	-	-
1995	21.714	+ 8,1%	16.470	+ 10,4%	-	-	-	-
1996	23.078	+ 6,3%	18.111	+ 10,0%	-	-	-	-
1997	24.212	+ 4,9%	19.348	+ 6,8%	-	-	-	-
1998	33.977	+ 1,7%	19.886	+ 2,8%	-	-	-	-
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002 *)	61.500	+ 70,8%	26.600	+ 22,3%	20.500	+ 83,9%	14.400	+ 363,0%

*) von Creditreform geschätzt

Nachträglich von Schulden befreien

„Nachwehen“ des hohen Gründungsgeschehens in der ersten Hälfte der neunziger Jahre finden sich aber auch bei den sonstigen Insolvenzen. Es sind vor allem die ehemals Selbstständigen im Osten, die nachträglich ein Regelinsolvenzverfahren anstrengen, die für den hohen Zuwachs von 1323,1 Prozent sorgen (2001 sonstige Insolvenzen: 520; 2002: 7.400). Diese natürlichen Personen, die nun ihre gescheiterte Selbstständigkeit „abwickeln“, stellen rund die Hälfte aller sonstigen Insolvenzen. Dagegen haben die Verbraucher, die aktuell im Jahre 2002 um Entschuldung bemüht sind, in den neuen Ländern nur um 2,6 Prozent zugenommen (2001: 2.340; 2002: 2.400).

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		Verbraucher- insolvenzen		sonstige Insolvenzen	
1993	2.761	+ 133,0%	2.327	+ 113,1%	-	-	-	-
1994	4.836	+ 75,2%	3.911	+ 68,1%	-	-	-	-
1995	7.071	+ 46,2%	5.874	+ 50,2%	-	-	-	-
1996	8.393	+ 18,7%	7.419	+ 26,3%	-	-	-	-
1997	9.186	+ 9,4%	8.126	+ 9,5%	-	-	-	-
1998	8.815	- 4,0%	7.942	- 2,2%	-	-	-	-
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002 *)	20.900	+ 54,8%	11.100	+ 4,3%	2.400	+ 2,6%	7.400	+ 1323,1%

*) von Creditreform geschätzt

Die Erleichterungen, die seit Dezember 2001 geschaffen wurden, haben die Akzeptanz des Verbraucherinsolvenzverfahrens und damit die Anzahl der Anträge sicher deutlich beeinflusst. Diese Akzeptanz scheint in den neuen Ländern nicht so hoch wie im Westen Deutschlands. Der letzte Bericht zur Verschuldungssituation in Deutschland von 2001 weist für 1999 in den alten Ländern 1,9 Millionen überschuldete Haushalte, in den alten Ländern 0,87 Millionen Überschuldungsfälle aus. Dies entspricht 6,2 Prozent der Haushalte im Westen und 12,5 Prozent im Osten. Das Verhältnis der Überschuldungsfälle zeigt, dass in den neuen Ländern sicher noch Nachholbedarf besteht, wenn es um die Durchführung von Verbraucherinsolvenzverfahren geht. Bei der aktuellen Zahl der Fälle und den Steigerungsraten im Jahr 2002 wird es wohl nicht bleiben.

Haushalte in der Pleite

1.2 Exkurs: Verfahren für Verbraucher – kritische Anmerkungen

Der Zuwachs bei den Insolvenzen natürlicher Personen rührt von den gesetzlichen Neuerungen her, die die reformierte Insolvenzordnung bietet. Seit dem ersten Dezember vergangenen Jahres ist jeder natürlichen Person – ohne eigenen finanziellen Aufwand – die Möglichkeit eröffnet, Restschuldbefreiung zu erlangen und nach Ablauf der sogenannten Wohlverhaltensperiode von sechs Jahren schuldenfrei zu sein.

Einfach schuldenfrei

Dem mittellosen Schuldner werden die Verfahrenskosten gestundet, bis er über pfändbares Einkommen verfügt. Die Stundung umfasst die Kosten des gerichtlichen Schuldbereinigungsplanverfahrens, des Insolvenzverfahrens und des Restschuldbefreiungsverfahrens. Wenn der Schuldner auch nach Erteilung der Restschuldbefreiung nicht zur Rückzahlung der gestundeten Verfahrenskosten in der Lage ist, kann das Gericht die Stundung für maximal weitere vier Jahre verlängern. Kann der Schuldner auch innerhalb dieser vier Jahre die Stundungskosten nicht zurückzahlen, so entfallen sie.

Diese Möglichkeit des sogenannten „Null-Masse-Verfahrens“ macht nach den Aussagen einiger Richter zum heutigen Zeitpunkt das Gros aller Insolvenzfälle aus. Das Hauptziel eines Insolvenzverfahrens – die bestmögliche Gläubigerbefriedigung – kann von vornherein nicht erreicht werden, da in den Fällen, in denen der Schuldner in der Wohlverhaltensperiode zu Geld gelangt, zunächst die gestundeten Beträge an die Staatskasse geleistet werden müssen.

Zusätzliche Erleichterung verschafft den Schuldnern die verkürzte Wohlverhaltensperiode von sechs Jahren (vormals sieben) und deren vorgezogener Beginn. Die Frist beginnt ab Eröffnung des Insolvenzverfahrens zu laufen. Gleichzeitig mit Inkrafttreten der reformierten Insolvenzordnung wurde auch eine Anhebung der Pfändungsfreigrenzen um fast 50 Prozent beschlossen. Dem Schuldner bleibt also während der Wohlverhaltensphase ein höherer Selbstbehalt.

Gläubiger gehen leer aus

Diese Praxis wird nicht nur von Gläubigervertretern kritisiert. Deutsche Insolvenzrichter und -rechtspfleger haben einen Aufruf zur „Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Insolvenzgerichte und Insolvenzordnung“ gestartet. Sie beklagen insbesondere, dass die Insolvenzverfahren natürlicher Personen in der derzeitigen Ausgestaltung viel zu personalintensiv, teuer und nicht zielführend seien. Bei der Mehrzahl aller Verfahren finde eine Gläubigerbefriedigung trotz des hohen Aufwandes bei der Abwicklung gar nicht statt. Die In-

solvenzgerichte seien längst unter der Arbeitslast nahezu zusammengebrochen und hätten resigniert.

Das Bundesverfassungsgericht prüft derzeit – auf Antrag eines Münchner Richters – ob die Bestimmungen der Restschuldbefreiung mit der grundgesetzlich verankerten Eigentumsgarantie in Einklang stehen. Konkret soll das BVerfG entscheiden, ob es mit dem Grundgesetz vereinbar ist, dass Gläubiger ihre Forderungen bereits vor Eintritt der Verjährung wegen Erteilung einer Restschuldbefreiung dauerhaft nicht mehr betreiben können. Derzeit sei nahezu allen zahlungsunfähigen Personen ohne Differenzierung nach Schutzbedürftigkeit und -würdigkeit der Zugang zum Restschuldbefreiungsverfahren eröffnet. Geht man von 2,8 Millionen überschuldeten Haushalten in Deutschland aus, geht es also um rund fünf Millionen Schuldner.

1.3 Insolvenzen und die Schäden

Jede Insolvenz, ob Verbraucher- oder Unternehmensinsolvenz, bedeutet einen finanziellen Schaden – nicht nur für den Betroffenen selbst, sondern auch für die Gläubiger und die Volkswirtschaft im ganzen. Gerade im Zeichen steigender Insolvenzen sei auf diese vielleicht trivial erscheinende Tatsache hingewiesen – wird doch vielfach die These vertreten, Insolvenzen seien integraler Bestandteil einer Marktwirtschaft und damit unabdingbar. Unabdingbar ist aber nur das wirtschaftliche Ende für Unternehmenseinheiten, die den Anforderungen des Marktes oder gegebener Finanzierungsstrukturen nicht entsprechen. Dann ist die Liquidation, der „Marktextitus“ unausweichlich. Dieser aber sollte erfolgen, ohne dass die am Unternehmen Beteiligten – Arbeitnehmer, Lieferanten, Kreditgeber – Schaden erleiden. So geht es darum, die Zahl der Insolvenzen gering zu halten und wenn sie eintreten, ihre Auswirkungen – eben mit Hilfe eines Insolvenzverfahrens – in geordnete Bahnen zu leiten und die Schäden zu minimieren.

Insolvenzen müssen sein?

**Tab. 4: Insolvenzschäden in West- und Ostdeutschland
in Mrd. Euro**

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland Schäden / Gesamt
	private Schäden	Öffentliche Hand	private Schäden	Öffentliche Hand	
1993	9,2	6,1	-	-	-
1994	12,3	7,2	3,1	3,1	25,7
1995	13,3	7,2	4,1	3,1	27,7
1996	15,3	7,7	5,1	3,6	31,7
1997	15,9	7,7	5,6	4,1	33,3
1998	14,3	6,7	5,1	4,1	30,2
1999	12,8	6,1	5,1	3,6	27,6
2000	13,8	5,6	4,1	3,6	27,1
2001	17,4	6,7	4,6	3,6	32,3
2002 *)	21,3	7,8	5,3	4,0	38,4

*) von Creditreform geschätzt

Großinsolvenz: Abwicklung über Jahre

Die Schäden durch Insolvenzen in Deutschland sind gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen: 38,4 Mrd. Euro bleiben Unternehmen privaten und öffentlichen Gläubigern schuldig. Gegenüber dem Vorjahr mit 32,3 Mrd. Euro liegt die Schadenssumme um fast 20 Prozent höher. Dabei haben vor allem die Großinsolvenzen von Holzmann bis Kirch für den Zuwachs gesorgt. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass bei größeren Betrieben die Chancen, das Unternehmen fortzuführen und möglicherweise zu sanieren, höher liegen. Insofern ist die Forderungshöhe, der sich der insolvente Betrieb gegenüber sieht, noch nicht mit dem Schaden gleichzusetzen. Auf der anderen Seite kann die angestrebte Sanierung – Beispiel Maxhütte – für die Gläubiger, vor allem für die Öffentliche Hand, zu einem Fass ohne Boden werden und damit Kosten verursachen, die deutlich höher liegen als die ursprüngliche Forderungshöhe bei Eintritt der Insolvenz. Insgesamt zeichnet die Entwicklung der Schadenshöhe den Verlauf der Zahl unternehmerischer Insolvenzen nach; nicht nur die bekannten Großinsolvenzen im ersten Halbjahr zeigen, dass tendenziell aktuell eher größere Unternehmen betroffen waren.

**Tab. 5: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen 2002 *)
für West- und Ostdeutschland (in Mio. Euro)**

■	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
bis 0,1	2.950	11,1	1.930	17,4
> 0,1 – 0,25	4.870	18,3	2.320	20,9
> 0,25 – 0,5	4.760	17,9	2.210	19,9
> 0,5 – 2,5	9.120	34,3	3.530	31,8
> 2,5 – 5,0	2.260	8,5	620	5,6
> 5,0 – 25,0	2.160	8,1	430	3,9
> 25,0 – 50,0	270	1,0	40	0,4
> 50,0	210	0,8	20	0,2
Gesamt	26.600	100,0	11.100	100,1

*) Creditreform-Schätzung

Betriebe, die über 50 Mio. Euro Umsatz machen, sind in Westdeutschland mit 210 Fällen, in Ostdeutschland mit rund 20 Fällen vertreten. Im Vorjahr waren es 157 Unternehmen im Westen und 13 im Osten, die in dieser Umsatzgrößenklasse lagen; der Anteil am Gesamtinsolvenzaufkommen stieg damit im Westen von 0,7 auf 0,8 Prozent, im Osten von 0,1 auf 0,2 Prozent. Zum Jahresende 2001 nennt das Statistische Bundesamt 123 Unternehmensinsolvenzverfahren, die einen Forderungsbestand von mehr als 50 Mio. DM aufweisen – 36,7 Prozent mehr als im Vorjahr.

Inhaber einer Forderung zu sein, ist eine Sache, sie zu realisieren eine andere. Dabei kann das steigende Insolvenzniveau dazu führen, dass die von Schäden betroffenen Lieferanten zunehmend „therapeutisch“ tätig werden und sowohl auf die Früherkennung als auch auf die Durchsetzung der notleidenden Forderungen verstärkte Aufmerksamkeit legen. Tatsächlich ist der Anteil der mittelständischen Unternehmen, die Forderungsverluste aufgrund der Insolvenz ihres Kunden erleiden, im Jahr 2002 etwa auf dem Niveau des Jahres 2001 geblieben: 51,9 Prozent der Unternehmen geben an, dass sie im Zuge von Insolvenzen Verluste ihrer Forderungen verkraften mussten, im Vorjahr waren es 52,4 Prozent.

Lieferanten betroffen

Tab. 6: Forderungsverluste wegen Kundeninsolvenz(en) im Jahr 2002

■	Ja	Nein
Verarb. Gewerbe	53,9 (50,3)	44,3 (49,0)
Bau	37,4 (43,1)	60,6 (56,9)
Handel	64,5 (57,3)	35,5 (42,4)
Dienstleistungen	49,6 (56,1)	49,3 (43,3)
Gesamt	51,9 (52,4)	47,0 (47,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

In dieses Bild passt auch die aktuelle Zahl zu den privaten Forderungsverlusten je Insolvenzfall in Westdeutschland. Gegenüber dem Vorjahr stagniert der durchschnittliche Forderungsverlust, den die Gläubiger zu tragen haben: 801.000 Euro (vorher: 800.000 Euro) beträgt der offene Forderungsbestand eines Unternehmensinsolvenzfalles. In Ostdeutschland hat diese Größe zugenommen: 2002 erleiden die Gläubiger bei Insolvenz einen Ausfall von 477.000 Euro, im Vorjahr waren es 432.000 Euro.

Tab. 7: Private Insolvenzverluste in Westdeutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1993	9,2	718.000
1994	12,3	825.000
1995	13,3	808.000
1996	15,3	845.000
1997	15,9	822.000
1998	14,3	719.000
1999	12,8	672.000
2000	13,8	762.000
2001	17,4	800.000
2002 *)	21,3	801.000

*) von Creditreform geschätzt

Tab. 8: Private Insolvenzverluste in Ostdeutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1994	3,1	793.000
1995	4,1	698.000
1996	5,1	687.000
1997	5,6	689.000
1998	5,1	642.000
1999	5,1	674.000
2000	4,1	418.000
2001	4,6	432.000
2002 *)	5,3	477.000

*) von Creditreform geschätzt

Ziel der neuen Insolvenzordnung ist es, auch die Schäden der Gläubiger gering zu halten und für einen Ausgleich der Interessen zu sorgen. Zu erreichen hoffte man mit der Gesetzeseinführung, dass die Unternehmen in der Schieflage bereits frühzeitig, d. h. bei drohender Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung, selbst einen Insolvenzantrag stellen. Dies hätte nicht nur die Sanierungsfähigkeit erhöht, sondern würde auch bei den Gläubigern zu höheren Quoten führen. Tatsächlich aber ist es nur bei gut 100 Fällen zu einer „Selbstanzeige“ des von drohender Zahlungsunfähigkeit betroffenen Unternehmens gekommen. Eine ebenso geringe Rolle spielt das Instrument der Eigenverwaltung, über das die Geschäftsführung des insolventen Unternehmens weitgehende Vollmachten behält und zusammen mit dem Sachwalter versucht, ein Überleben des Betriebes und damit auch auf längere Sicht eine bessere Befriedigung der Gläubiger zu ermöglichen. Diese Option macht aber nur bei größeren Betrieben einen Sinn, die genügend Assets zur Verfügung haben, um einen „turn around“ zur Solvenz ermöglichen. 2001 ist es nach Angaben der statistischen Ämter in rund 240 Fällen zu einer solchen Eigenverwaltung gekommen; in diesem Jahr etwa bei der Babcock Borsig AG.

Auch wenn die beiden genannten Reformvorschläge bisher wenig angenommen wurden, bleibt doch ein Lichtblick mit Einführung der neuen Insolvenzordnung:

***Sanierungsinstrumente –
wenig Anklang***

Weniger Masselosigkeit

Die Zahl der masselosen Insolvenzen geht von Jahr zu Jahr zurück. Im Jahre 2002 sind von den rund 26.600 Unternehmensinsolvenzen in den alten Bundesländern 42,1 Prozent mangels Masse abgelehnt worden.

Tab. 9: Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		Absolut	in Prozent
1993	12.821	8.987	70,1
1994	14.913	10.713	71,8
1995	16.470	11.821	71,8
1996	18.111	12.982	71,7
1997	19.348	14.061	72,7
1998	19.886	13.890	69,8
1999	19.050	12.700	66,7
2000	18.120	10.102	55,8
2001	21.750	11.953	55,0
2002 *)	26.600	11.200	42,1

*) von Creditreform geschätzt

In den neuen Bundesländern konnten von den 11.100 Fällen rund 6.000 in ein Insolvenzverfahren überführt werden. Hier mussten 45,9 Prozent der Insolvenzanträge mangels einer die Kosten des Verfahrens abdeckenden Masse abgelehnt werden.

Tab. 10: Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1993	2.327	1.209	52,0
1994	3.911	2.379	60,8
1995	5.874	3.716	63,3
1996	7.419	5.041	67,9
1997	8.126	5.672	69,8
1998	7.942	6.074	76,5
1999	7.570	6.103	80,6
2000	9.810	6.400	65,2
2001	10.640	5.810	54,6
2002 *)	11.100	5.100	45,9

*) von Creditreform geschätzt

So bestehen Hoffnungen, dass ungesicherte Gläubiger damit auch bei den Verfahren mehr Substanz vorfinden und es zu höheren Befriedigungsquoten als den bisherigen – von der Masselosigkeit dominierten – Situationen der Fall war.

Im Zusammenhang mit den Schäden durch Insolvenzen dürfen zwei Zahlen nicht fehlen: Die Kosten, die dem Pensionssicherungsverein und den Kreditversicherungen durch die steigende Zahl von Unternehmensinsolvenzen entstehen. Der Pensionssicherungsverein, in dem sich Unternehmen zusammengeschlossen haben, um die Anwartschaften und die Auszahlungen aus der betrieblichen Altersversorgung auch bei einem Zusammenbruch des Unternehmens gegenüber den Leistungsempfängern sicherzustellen, geht für das Jahr 2002 von einer Erhöhung der zu zahlenden Prämien von 2,5 Promille (2001) auf 4,0 Promille aus (bezogen auf die Rückstellungen eines Unternehmens für die betriebliche Altersversorgung). Der PSV beziffert den voraussichtlichen Schaden im Jahr 2002 auf 1,3 Mrd. Euro, im Jahre 2001 waren es 614 Mio. Euro. Im PSV haben sich rund 40.000 Unternehmen zusammengeschlossen, im ersten Halbjahr 2002 sind 341 Insolvenzen bei den Mitgliedern des Pensionssicherungsvereins registriert worden. Positiv bisher: In der zweiten Jahreshälfte ist es noch zu keiner Großinsolvenz mit durchschlagendem Schadensvolumen gekommen.

PSV erhöht Prämien

Die Kreditversicherer fahren Verluste ein: Die Hermes Kreditversicherung zeichnet die Insolvenzentwicklung mit ihren Verlusten nach. Von 8,0 Mio. Euro im Jahr 2000 über 30 Mio. Euro im Jahr 2001 wird man in diesem Jahr wohl bei rund 50 Mio. Euro liegen. Und auch die Allgemeine Kreditversicherung sieht ihr Ergebnis durch die hohe Schadensquote getrübt: Sie steigerte sich bereits im Jahre 2001 von 77,2 auf 110,7 Prozent.

Wenn von den öffentlichen Schäden die Rede ist, darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Änderungen der Insolvenzordnung im Hinblick auf die Verbraucherinsolvenzverfahren durch die Stundung der Verfahrenskosten massiv gestiegen sind. Das gilt besonders für

Stundung kostet Geld

die ehemals Selbstständigen, die das aufwendige Regelinsolvenzverfahren durchlaufen. Die „Betreuung“ der Verbraucher durch ausgewiesene Insolvenzverwalter kostet rund 3.000 bis 3.500 Euro – bei einer Stundung der Verfahrenskosten erhält der Verwalter nur 500 Euro. In der Summe kommt es damit zum Verlust alleine bei den Insolvenzverwaltern und rund 20.000 Verbraucherinsolvenzverfahren von rund 60 Mio. Euro. Durchlaufen wird dann ein „Nullplan“, der keinerlei Befriedigung der Gläubiger vorsieht.

1.4 Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im dritten Quartal dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr um 297.000 auf 38,7 Millionen Menschen zurückgegangen. Gleichzeitig suchen immer mehr Betriebe händeringend nach qualifiziertem Fachpersonal. Gründe für die steigende Zahl der Arbeitslosen sind – neben den wirtschaftlichen Problemen – die hohen Lohnnebenkosten, der starre Kündigungsschutz und eine unzureichende Ausbildung potenzieller Arbeitnehmer. Doch auch Unternehmensliquidationen und Insolvenzen tragen zu der hohen Arbeitslosenquote von momentan 9,4 Prozent bei.

Bei der Betrachtung der Insolvenzen nach dem Unternehmensalter lässt sich feststellen, dass auch Unternehmen die über zehn Jahre alt sind, insolvent sind. Wobei solche Betriebe naturgemäß im Westen zu einem höheren Anteil von einer Insolvenz betroffen sind (32,5 Prozent) als im Osten (24,8 Prozent). Doch verglichen mit dem Vorjahr sind die Insolvenzen der über zehn Jahre alten Unternehmen im Osten um über zehn Prozentpunkte gestiegen und schließen damit enger an das hohe Westniveau an. Eine weitere kritische Phase liegt im Unternehmensalter zwischen drei und vier Jahren, in der sowohl im Osten als auch im Westen 19 bis 20 Prozent der Fälle betroffen sind. Hier handelt es sich um eine Wachstumsschwelle, die wohl auch mit den steigenden Anforderungen an die Anzahl und die Qualifikation der Mitarbeiter zusam-

menhängt. Der Gründer ist nicht mehr allein, er muss Aufgaben delegieren und „managen“

Wachstumsschwelle ins Aus

Tab. 11: Insolvenzen nach Unternehmensalter 2002

■	Westdeutschland	Ostdeutschland
0 bis 2 Jahre	16,6 (18,0)	12,7 (16,9)
3 bis 4 Jahre	19,1 (18,6)	19,7 (20,6)
5 bis 6 Jahre	13,4 (13,2)	15,8 (16,4)
7 bis 8 Jahre	10,2 (9,5)	13,3 (13,7)
9 bis 10 Jahre	7,6 (7,5)	13,7 (17,8)
Über 10 Jahre	32,5 (33,2)	24,8 (14,6)

Angaben in Prozent, () = Vorjahresangaben

Auch bei den Beschäftigtenzahlen insolventer Unternehmen gleichen sich die Bedingungen im Osten immer stärker an diejenigen im Westen an. So liegt der Anteil von insolventen Firmen mit einem bis fünf Angestellten im Osten mittlerweile auch bei 62,0 Prozent – im vergangenen Jahr waren es nur 48,3 Prozent. Das bestätigt auch die nach wie vor hohe Insolvenz betroffenheit von kleinen bis mittleren Betrieben. Ebenso hat sich der Anteil von Unternehmensliquidationen in der Beschäftigtenklasse 11 bis 20 Personen im Osten von 17,1 Prozent auf 11,6 Prozent auf das Westniveau von 10,1 Prozent angeglichen. Wie bereits im vergangenen Jahr machen Unternehmen mit einer Beschäftigtenzahl von über 100 Personen nur einen geringen Prozentsatz in der Gesamtstatistik aus.

Tab. 12: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen in Prozent (Branchendurchschnitt)

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	64,5 (60,4)	62,0 (48,3)	63,9 (57,0)
6 – 10 Personen	13,6 (15,8)	16,0 (18,8)	14,2 (16,6)
11 – 20 Personen	10,1 (11,2)	11,6 (17,1)	10,5 (12,7)
21 – 50 Personen	7,3 (8,1)	7,8 (11,5)	7,4 (9,1)
51 – 100 Personen	2,7 (2,8)	1,9 (3,0)	2,5 (2,9)
> 100 Personen	1,9 (1,8)	0,8 (1,3)	1,6 (1,8)

() = Vorjahresangaben

Parallel zu den steigenden Unternehmensinsolvenzen erhöhte sich 2002 auch die Anzahl der Arbeitsplatz-

Mancher Arbeitsplatz wird gerettet

verluste betroffener Firmen im Vergleich zum Vorjahr um 17,3 Prozent. Oftmals bauen Unternehmen, die von einer Insolvenz bedroht sind, bereits im Vorfeld Stellen ab. Es gilt jedoch zu beachten, dass nicht alle Arbeitsplätze im Falle einer Insolvenz tatsächlich auch vernichtet werden. In Fällen der übertragenden Sanierung werden die rentablen Unternehmensteile veräußert und dadurch manche Arbeitsplätze gerettet. Oder es werden Auffanggesellschaften gegründet, die zumindest Teile der betroffenen Belegschaft übernehmen. Nach Angaben der Insolvenzgerichte waren 2001 über 200.000 Arbeitnehmer von einer Insolvenz betroffen, wobei zu beachten ist, dass die Gerichte bei über einem Fünftel aller Meldungen keine Angaben zu der Beschäftigtenanzahl machen können.

Insgesamt sind – parallel zum Anstieg bei den Unternehmensinsolvenzen – 590.000 Arbeitsplätze negativ von insolventen Betrieben betroffen (Vorjahr: 503.000; Anstieg: 17,3 Prozent).

Tab. 13: Gesamtarbeitsplätze insolventer Unternehmen in Deutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1994	333.000	
1995	394.000	+ 18,3
1996	487.000	+ 23,6
1997	554.000	+ 13,8
1998	501.000	- 9,6
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002 *)	590.000	+ 17,3

*) von Creditreform geschätzt

Arbeitnehmer eines zahlungsunfähigen Betriebes können bei der Bundesanstalt für Arbeit Insolvenzgeld beantragen. Im Jahr 2002 haben 275.000 Personen (lt. BfA) Insolvenzgeld bewilligt bekommen (Anzahl der Anträge: 614.000). Die Voraussetzung für den Erhalt von Insolvenzgeld ist aber nicht nur im Falle eines Insolvenzverfahrens gegeben, sondern auch bei einer vollständigen Einstellung der Betriebstätigkeit, für die

ein Verfahren mangels Liquidationsmasse nicht in Frage kommt.

1.5 Große Firmeninsolvenzen

Die Welle zusammenbrechender großer Unternehmen und Konzerne ebte in der zweiten Jahreshälfte merklich ab. Lediglich eine Großpleite machte Schlagzeilen. Im folgenden werden die größten Insolvenzen in 2002 dargestellt.

Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens der **Philipp Holzmann AG** rüttelte die Bundesrepublik wach. Betroffen waren 23.000 Arbeitnehmer, das Verfahren wurde am ersten Juni eröffnet. Die geplante Übernahme weiter Teile des Inlandsgeschäftes durch den niederländischen Baukonzern Heijmans scheiterte. Ende Juni übernahm die algerische Khalifa-Group das Holzmann-Auslandsgeschäft mit mehr als 600 Arbeitsplätzen. Gut zwei Jahre zuvor hatte Bundeskanzler Schröder den schon damals in Schieflage befindlichen Baukonzern gerettet. Im Nachhinein betrachtet hätte ein Insolvenzantrag zum damaligen Zeitpunkt mehr Chancen auf Sanierung gebracht.

Im April stellte die **Kirch Media** ein Insolvenzantrag, dem weitere Anträge der Töchter und Beteiligungen folgten: Im Mai die Kirch Pay TV, im Juni die Dachgesellschaft der Kirch-Gruppe, die Taurus Holding. Insgesamt beschäftigte der Konzern 10.000 Personen. Der unübersichtliche Konzern besteht aus mehr als 200 Einzelfirmen und drei Unterholdings.

Den Automobilzulieferer **Peguform GmbH & Co.KG** traf es Ende Mai. Das Bötzingen Werk beschäftigte im vergangenen Jahr über 5.000 Arbeitnehmer. Das Insolvenzverfahren wurde am ersten Oktober unter Insolvenzverwalter Jobst Wellensiek eröffnet, da es nicht gelungen war, die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens wieder herzustellen. Insgesamt hatte der Zulieferer aus Bötzingen bei Freiburg, nach Angaben aus Firmenkreisen, trotz voller Auftragsbücher eine Finanzlücke von über 100 Millionen Euro nicht schließen können. Die selbst in Schwierigkeiten steckende Mut-

Who's who der Unternehmen

tergesellschaft Venture Industries konnte die fehlenden Mittel nicht beschaffen.

Die **Fairchild Dornier GmbH** aus Oberpfaffenhofen musste Insolvenz anmelden, weil in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit kein strategischer Partner gefunden wurde, der sich an dem Luftfahrtunternehmen beteiligen wollte. Die Alliance Aircraft war an der Übernahme der Fairchild Dornier interessiert und holte sich als Partner Conrado Dornier, den Enkel des Firmengründers mit ins Boot. Wie am Montag bekannt wurde, führten die Verhandlungen jedoch zu keinem Ergebnis. Fairchild Dornier wird jetzt in drei Teile zerschlagen und getrennt verkauft.

Am 5. Juli diesen Jahres meldete die **Babcock Borsig AG** Insolvenz an, und mit ihr etwa 60 Tochtergesellschaften. Der Maschinenbaukonzern beschäftigte über 21.000 Mitarbeiter und hatte etwa 1,1 Milliarden Euro Schulden. Das Amtsgericht Duisburg eröffnete am ersten September das Verfahren und ordnete die Eigenverwaltung mit dem neu bestellten Vorstandschef Horst Piepenburg an. Piepenburg kann so weitgehend selbst entscheiden, lediglich bei Fragen, die „nicht den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb“ betreffen, braucht er die Zustimmung von Insolvenzverwalter Helmut Schmitz. Ende September dann die gute Nachricht: Die Banken haben sich geeinigt, Landes- und Bundesbürgschaften wurden aufgetrieben und eine Aufgangsgesellschaft gegründet. Die politische Lösung sichert – vorerst – 80 Prozent der gefährdeten Arbeitsplätze.

Ende April musste die **Broadway Musical Management GmbH (BMM)** und ihre Tochtergesellschaften (unter anderem die Musical Betriebsgesellschaft Starlight Express Theater GmbH) einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellen. Die BMM ist der wesentliche Vermögensgegenstand der Stella AG, die in Hamburg knapp 1000 Vollzeitkräfte beschäftigt und die Musicals „Mozart“ und „oh what a night“ betreibt. Die Stella AG selbst steht nicht in einem Insolvenzverfahren.

Wenig Spaß am Entertainment

Nach jahrelangen Problemen hatte im April das Berliner Traditionsunternehmen **Herlitz AG** Insolvenz anmelden müssen. Der Papier- und Bürowarenkonzern ist nach einem umfangreichen Forderungsverzicht der Gläubiger mittlerweile wieder zahlungsfähig. Vorstandschef Christian Suphut gibt den derzeitigen Schuldenstand mit 150 Millionen Euro an, geht aber davon aus, dass das Unternehmen noch in diesem Jahr wieder Gewinn erzielen werde. Der Marktführer in Europa beschäftigt insgesamt 3.500 Mitarbeiter.

Ende Mai musste Ulf Rittinghaus' **Sachsenring Automobiltechnik AG** (SAG) Insolvenz anmelden. Der Vorgänger des Zwickauer Traditionsbetriebes war das Trabi-Werk. Die Aktiengesellschaft entstand durch Umwandlung der „Sachsenring Automobiltechnik GmbH“. Eröffnet wurde das Verfahren am ersten September.

Auch die zahlungsunfähige und überschuldete Tochter des Holzmann Konzerns **Imbau Industrielles Bauen GmbH** musste den Gang zum Insolvenzgericht antreten. Das Verfahren wurde im Juni eröffnet. Insolvenzverwalterin bleibt die Kronberger Rechtsanwältin Angelika Amend. Der Fertigungsbau Spezialist ist bisher die einzig bekannte Holzmann-Tochter, die von ihrer Mutter mit in den Pleitestrudel gerissen wurde. Die Imbau gilt innerhalb des Holzmann Konzerns für potenzielle Übernahmekandidaten als wenig interessant. Sie ist bei der Finanzierung der Kölnarena in die Schlagzeilen geraten.

Ende Juni war Deutschlands älteste und bekannteste Fotokette, die **Photo Porst AG** pleite. Erst 16 Monate vorher hatte das Neue Markt Unternehmen **PixelNet AG** den defizitären Foto-Filialisten übernommen. Porst verfügte über mehr als 2.000 Filialen, die überwiegend als Franchise-Unternehmen ausgestattet waren. Die Insolvenz der Porst AG zog das Mutterunternehmen mit in die Insolvenz, da die vorgesehene Rückführung von Darlehen durch Photo Porst an die PixelNet nicht fristgerecht erfolgen konnte.

Politische Lösungen

Um die Aufstellung der größten Insolvenzen des Jahres 2002 zu vervollständigen sollten die spektakulären Beinahe-Pleiten der **Mobilcom** und der **Bankgesellschaft Berlin** nicht unerwähnt bleiben.

Für die angeschlagene Telefongesellschaft **Mobilcom** aus Büdelsdorf wurde eine politische Lösung gefunden, um die Mehrzahl der 4.800 gefährdeten Arbeitsplätze zu sichern. Der französische Telefonkonzern France Télécom stimmte nach langem Streit dem Sanierungsplan zu. Die Franzosen wollen die Schulden der Mobilcom in Höhe von rund 7 Milliarden Euro übernehmen und zusätzlich bis zu 580 Millionen Euro für das Einfrieren des UMTS-Geschäftes zahlen. Der Sanierungsplan der Bundesrepublik sieht vor, dass Mobilcom als sogenannter Mobilfunk-Service-Provider ohne eigenes Netz bestehen bleibt. Dafür erhält das Unternehmen einen Bankkredit in Höhe von 162 Millionen Euro.

Die **Bankgesellschaft Berlin (BGB)** war nach risikoreichen Immobiliengeschäften in den 90er Jahren schwer in Schieflage geraten. Vor dem Zusammenbruch wurde sie durch staatliche Milliardenhilfe gerettet. Die rot-rote Landesregierung in Berlin verhandelt derzeit mit zwei amerikanischen Investorengruppen über den Verkauf, der bis Ende des Jahres abgeschlossen sein soll.

1.6 Überleben in der Krise – Branchen, Konjunktur und Insolvenzen

Die Konjunktur in Deutschland kommt nicht über den Berg. Die hauchdünnen Zuwächse beim BIP reichen nicht aus, um – neben den strukturbedingten Problemen – die schlechten Zahlen vom Arbeitsmarkt oder bei den Insolvenzen zu verändern. Dabei fehlt es nicht nur materiell an der vielfach berufenen Binnennachfrage – es ist vor allem die hohe Staatsquote, die sich wie Mehltau auf das gesamtwirtschaftliche Geschehen legt.

Stichwort „Binnenkonjunktur“: Neben den Ausrüstungsinvestitionen, die seit nunmehr zwei Jahren auf

dem Rückzug sind, ist es vor allem die Schwäche beim Konsum, die die Nachfrage im Inland drückt. Diese Schwäche lässt sich einerseits an den monatlichen Zahlen zu den rückläufigen Umsätzen des Einzelhandels erkennen, andererseits aber auch an den Einschätzungen zur wirtschaftlichen Lage, wie sie die privaten Haushalte abgeben. Die Talfahrt, die im Herbst 2000 begonnen hat, ist zuletzt – im Saldo positiver und negativer Bewertungen – weiter tiefer in den Minusbereich gerutscht.

Binnenkonjunktur fehlt

Entsprechend hat der Handel eine starke Steigerung seines Insolvenzaufkommens im Verhältnis zu den Vorjahreszahlen hinzunehmen. Um 32,3 Prozent stieg die Zahl der Betriebe in diesem Wirtschaftsbereich, die den Gang zum Insolvenzgericht antreten mussten (2001: 6.600 Unternehmen; 2002: 8.800 Unternehmen). Selbst der Außenhandel, der für manche Großhändler noch ein wichtiges Standbein darstellte, ist insgesamt im ersten Halbjahr 2002 rückläufig: Gegenüber dem Vorjahreszeitraum liegt er um 4,3 Prozent niedriger. Hinzu kommt: Der Großhandel ist „Finanzierungsdrehscheibe“ zwischen Hersteller und Endabnehmer. So trifft ihn mit seinem hohen Forderungsvolumen ganz besonders das Insolvenzaufkommen in anderen insolvenzsensiblen Bereichen wie etwa dem Bausektor.

Tab. 14: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen 2002 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	Steigerung in Prozent zum Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	2.930 (2.455)	11,0 (11,3)	+ 19,3
Ost	1.010 (1.181)	9,1 (11,1)	- 14,5
Bau			
West	5.080 (4.758)	19,1 (21,9)	+ 6,8
Ost	3.640 (4.203)	32,8 (39,5)	- 13,4
Handel			
West	6.280 (4.824)	23,6 (22,2)	+ 30,2
Ost	2.480 (1.798)	22,3 (16,9)	+ 37,9
Dienstleist.			
West	12.310 (9.713)	46,3 (44,7)	+ 26,7
Ost	3.970 (3.458)	35,8 (32,5)	+ 14,8
Gesamt			
West	26.600 (21.750)	100,0 (100,1)	+ 22,3
Ost	11.100 (10.640)	100,0 (100,0)	+ 4,3

*) von Creditreform geschätzt, () = Vorjahresangaben

Folgen des Booms

Noch einmal kräftig zugelegt haben auch die Pleiten bei den Dienstleistern, die mit einem Anteil von 43,2 Prozent am Insolvenzgeschehen ohnehin den größten Anteil stellen (2002: 16.300; 2001: 13.200 Fälle). Dabei ist der eine Teil der Dienstleistungsbranche – der konsumnahe – von den beschriebenen Zurückhaltungen der Verbraucher betroffen; der andere Teil, die unternehmensnahen Dienstleistungsbetriebe, von Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen sowie insgesamt von der schlechten Konjunktur des Verarbeitenden Gewerbes. Hinzu kommen die Folgen des Zusammenbruchs der New Economy, so dass vor allem Medien, Werbetreibende und IT-Unternehmen; aber auch die Sektoren Spedition/Transport, Finanzdienstleister, Bauträger und Hausverwaltungen sind betroffen.

Bau bleibt schwach

Nur auf den ersten Blick überrascht die Entwicklung der Insolvenzen am Bau: Hier ist ein Rückgang von 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu registrieren (2002: 8.700 Betriebe; 2001: 9.000). Dabei steht der Bausektor unter dem Feuer aller aktuellen Bereiche der schwachen Konjunktur: Die privaten Haushalte halten sich mit ihren Bauaktivitäten zurück (Januar bis September 2002: Rückgang der Baugenehmigungen für Wohnungen um 9,8 Prozent). Im Wirtschaftsbau fehlt es an der Investitionsbereitschaft und beim öffentlichen Bau sieht man sich mit leeren Kassen möglicher Auftraggeber konfrontiert. Insgesamt erlitt das Bauhauptgewerbe einen Rückgang der Aufträge bis September um 5,7 Prozent und bei den Umsätzen eine Schwächung um 7,5 Prozent gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres. Wie betroffen der Bau nach wie vor von Pleiten ist, zeigt die relative Risikoquote, die die Zahl der Insolvenzen ins Verhältnis zu den existierenden Betrieben des entsprechenden Wirtschaftsbereiches setzt. Hier übertrifft das Baugewerbe andere Wirtschaftsbereiche um mehr als das Doppelte. 270 Pleiten je 10.000 Unternehmen gegenüber 106 Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe zeigen, wie es um die Stabilität dieses Sektors bestellt ist.

**Tab. 15: Risikoquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen
in Deutschland 2002**

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	106
Baugewerbe	270
Handel	120
Dienstleistungen	110
Gesamt	130
hierunter:	
Westdeutschland	112
Ostdeutschland	217

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank und Umsatzsteuerstatistik

Das ZEW (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) hat die Insolvenzen des Jahres 2001 auf die Neugründungen in diesem Jahr bezogen. Auch hier schneidet der Bausektor am schlechtesten ab. In Westdeutschland kommt es zu 26 Insolvenzen auf 100 Neugründungen dieser Branche, in Ostdeutschland sogar auf 45. Im Durchschnitt aller Branchen sind 12 Pleiten je 100 Gründungen im Westen und 22 Zusammenbrüche im Osten zu zählen. Während die Dienstleister und der Handel unterdurchschnittliche Zahlen für die Relation Neugründung/Insolvenz liefern, sind es im Verarbeitenden Gewerbe – und das gilt auch für die Hightech-Wirtschaftszweige dieses Wirtschaftsbereichs – überdurchschnittliche Zahlen.

Die folgende Tabelle zeigt für die Hauptwirtschaftsbereiche einzelne Branchensektoren, die eine besonders hohe Insolvenzquote aufweisen.

**Höchster Insolvenzquotient –
und dann Basel II**

Tab. 16: Risikobehaftete Branchen in Deutschland

■	Insolvenz- quote
<u>Verarbeitendes Gewerbe</u>	
Stahl- und Leichtmetallbau	427
<u>Bau</u>	
Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe	733
<u>Handel</u>	
Großhandel mit sonstigen Holzhalbwaren sowie Bauelementen aus Holz	415
<u>Dienstleistung</u>	
private Kurierdienste	629

Insolvenzquote = Insolvenzen je 10.000 Unternehmen einer Branche

Mit der hohen relativen Insolvenzneigung ostdeutscher Betriebe wird auch jeder noch soweit reichende Optimismus im Hinblick auf die insgesamt geringen Steigerungsraten bei den Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2002 in den neuen Ländern eingefangen.

**1.7 Erträge, Liquidität, Eigenkapital –
Parameter der Insolvenz**

Unter dem Stichwort „Eigenkapitalmangel“ wird die Finanzierungssituation deutscher mittelständischer Unternehmen vehement diskutiert. Mit einer durchschnittlichen Eigenkapitalquote von 16 Prozent (bezogen auf die gesamte Bilanzsumme) liegen deutsche Unternehmen im internationalen Vergleich deutlich zurück. Dabei ist diese Zahl noch optimistisch, bezieht sie doch auch Großkonzerne mit ein. Unter mittelständischen Betrieben – nicht mehr als 500 Mitarbeiter und höchstens 50 Mio. Euro Jahresumsatz – ist sie deutlich niedriger. Unterschiedliche Untersuchungen lassen einen Wert von rund zehn Prozent im Durchschnitt wahrscheinlich erscheinen.

Die sich in den letzten Befragungen der Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung abzeichnende Stabilisierung der Eigenkapitaldecke hat sich im Herbst 2002 umgekehrt: 41,2 Prozent der Mittelständler sind unterkapitalisiert (Vorjahr: 39,6 Prozent). Le-

diglich 16,6 Prozent (20,3 Prozent) verfügen über eine solide Eigenkapitaldecke von mehr als 30 Prozent im Verhältnis zur Bilanzsumme.

Tab. 17: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zu Bilanzsumme

■	bis 10%	41,2 (39,6)
	bis 20%	25,5 (24,7)
	bis 30%	16,7 (15,4)
	über 30%	16,6 (20,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Eigenkapital im Mittelstand verschlechtert

Je weniger Eigenkapital in einem Unternehmen vorhanden ist, desto eher muss in schlechten Zeiten auf Fremdkapital zurückgegriffen werden. Hauptfremdfinanzierungsquelle kleiner und mittlerer Unternehmen ist der Bankkredit. Die Bankenlandschaft in Europa und gerade auch in Deutschland stellt sich nun aber unter den Vorgaben von Basel II neu auf. Ein erhöhtes Risikobewusstsein ist zu beobachten; Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken fusionieren, straffen ihre Geschäfte und Geschäftsabläufe und stoßen unprofitable Kreditgeschäfte ab. Studien des Ifo und der Bundesbank haben einen Rückgang der Kreditzusagen von 7 Prozent festgestellt. Diese Entwicklung spüren die Unternehmer, die gerade in konjunkturellen Schwächezeiten auf eine verlässliche Zusammenarbeit mit ihrer Hausbank vertrauen. Fordert die Bank zusätzliche Informationen und Sicherheiten oder nimmt Kreditkürzungen oder gar Ablehnungen vor, wird dies oft als Vertrauensbruch empfunden.

Die sich verändernden Umstände bedeuten aber auch eine Chance für Unternehmen. Nachdem im Sommer Vereinbarungen für den Mittelstand in das Basel II Paket eingearbeitet wurden („Retail-Lösungen“), erhoffen sich nach einer vom DIHK durchgeführten Studie 50 Prozent der Befragten sogar bessere Kreditkonditionen als bisher.

Wichtig für Unternehmen ist es, auf die sich ändernden Umstände zu reagieren und die Beziehung zur Bank zielgerichtet zu gestalten. Die traditionelle Kredit-

Basel II als Chance

versorgung muss gesichert sein, denn gerade bei kleinen Unternehmen, die abhängig von nur einer – eben ihrer - Hausbank sind, kann durch eine Kündigung der Kreditlinie schnell die Existenz bedroht sein. Laut Klaus-Peter Müller, Vorstandsvorsitzendem der Commerzbank, wird die Hausbankbeziehung durch Basel II noch wertvoller, da der enge Kontakt zwischen Firmen und Banken in einer besseren Bonitätsbeurteilung resultiere und die Ausfallrisiken für Kreditinstitute senke.

Besonderes Augenmerk muss aber auch auf die Kreditkonditionen gerichtet werden, um die Rentabilität zu erhalten. Mittelständische Unternehmer vergleichen die Leistungen ihrer Bank häufig nicht und vertrauen auf gute Konditionen. Ferner sollte die unternehmerische Unabhängigkeit sichergestellt sein, um nicht im Falle einer Änderung auf Bankenseite (etwa ein Wechsel der zuständigen Person oder eine Fusion) der „Willkür“ der Bank gegenüber zu stehen.

Erreicht werden kann das Ziel solider und breiter Finanzierung durch Erschließung alternativer Finanzierungsformen und der Steigerung der Attraktivität des Unternehmens für andere Kreditgeber. Sicher sind für kleine und manche mittlere Unternehmen Finanzierungsinstrumente wie Anleihen allein wegen des nötigen Mindestvolumens keine Alternative. Dennoch ist man sich bewusst, dass alternative Finanzierungsformen zum Bankkredit in Zukunft eine stärkere Rolle spielen werden. Insbesondere Leasing und Forderungsfinanzierungen sowie Factoring oder Forfaitierungen werden zukünftig eine stärkere Rolle spielen. Zwischen 10 und 15 Prozent der Mittelständler, die in einer repräsentativen Befragung von Siemens Financial Services zur Zukunft der Finanzierung im Mittelstand Stellung nahmen, sehen hier – nach Asset backed Finanzierungen und dem Leasing – eine deutliche Bedeutungszunahme in der Fremdfinanzierung. Bemerkenswert ist vor allem, dass Online-Lösungen – wie vom E-Leasing spricht man auch vom E-Factoring – besondere Chancen eingeräumt werden.

Insgesamt gilt: Zwar kann eine ausreichende Eigenkapitaldecke temporäre Schwierigkeiten besser überbrü-

cken helfen, eine Fehlausrichtung des Unternehmens oder Mängel im Management könnte sie aber nicht kompensieren. Die Unternehmensrendite kann die Höhe der Investitionen (bezogen auf die Bilanzsumme) besser erklären. Bei der Beurteilung von Investitionsprojekten komme es – so die KfW – vor allem auf die erwartete Rendite und weniger auf die zur Verfügung stehenden Eigenmittel an. Die Zukunftsfähigkeit der Produkte und des Betriebes spielt also für die Überlebensfähigkeit eine nicht unerhebliche Rolle.

Die Einschätzungen der mittelständischen Unternehmen zu ihrer künftigen Ertragslage fallen deutlich schlechter aus, als noch vor einem Jahr. Sprach im letzten Herbst noch fast ein Drittel (28,5 Prozent) der Befragten von steigenden Erträgen, so liegt die Zahl aktuell bei 15,5 Prozent. Dagegen befürchtet fast die Hälfte (48,9 Prozent) sinkende Erträge.

Tab. 18: Zukünftige Ertragslage

■	Steigend	15,5 (28,5)
	Stabil	35,5 (36,4)
	Sinkend	48,9 (34,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Den Mittelständlern kommt es weniger auf die Schaffung von Eigenkapital als auf die Erhöhung der Liquidität an. In der aktuellen rezessiven Wirtschaftsphase geht es zunächst darum, Zahlungsverpflichtungen gerecht zu werden. Fast 80 Prozent des Mittelstandes räumen unter ihren Zielen und Entscheidungskriterien im Finanzierungsverhalten der Bereitstellung von Liquidität oberste Priorität ein. In einer Studie heißt es dazu: „Die vielzitierte und in der Literatur immer wieder hochbewertete Eigenkapitalquote oder steuerliche Aspekte rangieren im Vergleich zur Liquidität am unteren Ende.“

Tab. 19: Durchschnittliche Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz

Ausfälle zu hoch

■	bis 0,1	25,6
	bis 0,5	23,3
	bis 1,0	16,7
	Über 1,0	21,2
	Keine Verluste	11,8

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Fast 90 Prozent der von Creditreform befragten Unternehmer haben im Laufe des letzten Jahres Forderungsverluste erlitten. Etwa jedes fünfte Unternehmen (21,2 Prozent) musste massive Ausfälle von mehr als einem Prozent zum Umsatz hinnehmen. Ein Viertel der Befragten (25,6 Prozent) erlitt verhältnismäßig geringe Forderungsverluste von weniger als 0,1 Prozent zum Umsatz.

■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

2.1 Gründungsbilanz

Die Zahl der Neugründungen sinkt 2002 im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 Prozent. So ist in diesem Jahr nur noch mit 729.000 Neugründungen zu rechnen (2001: 758.000). Bis Jahresende wird die Zahl der Unternehmensabmeldungen 627.000 betragen - im vergangenen Jahr waren es noch 660.000. Der Saldo aus An- und Abmeldungen pendelt sich auf das niedrige Vorjahresniveau (98.000) ein und beträgt etwa 102.000.

Tab. 20: Gründungsbilanz 2002 *) für Gesamtdeutschland

■	Anmeldungen	Veränd. in Prozent	Abmeldungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	624.000 (648.000)	- 3,7	577.000 (612.000)	- 5,8
Handels- register:	105.000 (110.000)	- 4,6	50.000 (48.000)	+ 4,2
Gesamt:	729.000 (758.000)	- 3,8	627.000 (660.000)	- 5,0
Saldo:	102.000 (98.000)	+ 4,1		

*) Creditreform-Schätzung; () = 2001

Studienergebnisse des ZEW (Basis: Creditreform-Panel) bestätigen den Abwärtstrend bei den Firmengründungen: Demnach sank schon im Jahr 2001 die Zahl der Unternehmensgründungen im Vergleich zum Vorjahr um 6 Prozent. Die sogenannte Gründungsintensität – die Zahl der Gründungen je 10.000 Erwerbstätige – ging in Gesamtdeutschland von 45,6 im Jahr 2000 auf 42,9 zurück.

Tab. 21: Gründungsbilanz 2002 *) für Westdeutschland **)

■	Anmeldungen	Veränd. in Prozent	Abmeldungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	496.000 (547.000)	- 9,3	451.000 (508.000)	- 11,2
Handels- register:	88.000 (92.000)	- 4,4	39.000 (37.000)	+ 5,4
Gesamt:	584.000 (639.000)	- 8,6	490.000 (545.000)	- 10,1
Saldo:	94.000 (94.000)	+/- 0,0		

Weniger Neugründungen

*) Creditreform-Schätzung; () = 2001

***) erst ab 2002 ist Berlin in Ostdeutschland miteinberechnet

Berlin mit ca. 33.000 Gewerberegisterneueintragungen und ca. 30.000 Löschungen wird in der vorliegenden Statistik (Tabellen 21 bis 24) Ostdeutschland zugerechnet. Daher sind die Zahlen zum Gründungsgeschehen in Ost und West nur bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar – war doch Berlin und sein Gründungsgeschehen Westdeutschland zugeschlagen worden.

In Westdeutschland ist die Zahl der Unternehmensanmeldungen um 8,7 Prozent auf 584.000 gesunken (2001: 639.000). Sowohl das Gewerbe- als auch das Handelsregister verzeichnen einen deutlichen Rückgang: Die Zahl der ausschließlich im Gewerberegister tätigen Unternehmen ging um 9,3 Prozent zurück, im Handelsregister nahm die Zahl der Anmeldungen um 4.000 (das entspricht 4,4 Prozent) ab. So sank die Zahl der Unternehmensabmeldungen im Handelsregister im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 Prozent auf 39.000. Bei den ausschließlich im Gewerberegister tätigen Unternehmen nahm sie um 11,2 Prozent auf 451.000 ab.

Tab. 22: Gründungsgeschehen von 1993 bis 2002 in Westdeutschland **)

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1993	512.000	360.000	152.000
1994	518.000	380.000	138.000
1995	537.000	390.000	147.000
1996	600.000	490.100	109.900
1997	655.000	549.700	105.300
1998	714.700	585.500	129.200
1999	722.000	591.000	131.000
2000	695.000	520.000	175.000
2001	639.000	545.000	94.000
2002 *)	584.000	490.000	94.000

*) von Creditreform geschätzt

***) erst ab 2002 ist Berlin in Ostdeutschland miteinberechnet

Berlin zu Ostdeutschland

So hält der 1998 einsetzende Abwärtstrend bei den Unternehmensneugründungen und -abmeldungen in Westdeutschland an. Auch in Ostdeutschland wäre nach der alten Berechnungsmethode, nach der Berlin zu Westdeutschland zählt, eine abnehmende Zahl an Neu- und Abmeldungen zu verzeichnen. Entsprechend dieser Neuerung in der Erfassung verzeichnet der Osten Deutschlands 2002 bei den Anmeldungen im gesamten Gewerberegister eine Zunahme um 21,8 Prozent auf 145.000 Neugründungen. Dieser deutliche Anstieg im Vergleich zu den Vorjahreswerten ist durch die neue Berechnungsmethode verzerrt dargestellt. So würde die Zahl der Abmeldungen der ausschließlich im Gewerberegister tätigen Unternehmen 99.300 und im Handelsregister 7.600 betragen. Auch bei den Abmeldungen ist durch die Umstellung eine Zunahme um 19,1 Prozent auf 137.000 zu verzeichnen.

Tab. 23: Gründungsbilanz 2002 *) für Ostdeutschland **)

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	128.000 (101.000)	+ 26,7	126.000 (104.000)	+ 21,1
Handels- register:	17.000 (18.000)	- 5,6	11.000 (11.000)	+/- 0,0
Gesamt:	145.000 (119.000)	+ 21,8	137.000 (115.000)	+ 19,1
Saldo:	8.000 (4.000)	+ 100,0		

*) Creditreform-Schätzung; () = 2001;

***) erst ab 2002 ist Berlin in Ostdeutschland miteinberechnet

Ohne die Umstellung auf die neue Berechnungsmethode wären die Zahlen der An- und Abmeldungen im gesamten Gewerberegister gemäß dem allgemeinen Trend rückläufig. Beim Vergleich mit anderen Forschungsergebnissen lässt sich eine deutlich Abnahmetendenz der An- und Abmeldungen in Ostdeutschland erkennen. So ging laut ZEW die Zahl der Unternehmensgründungen 2001 um gut 9 Prozent zurück.

Tab. 24: Gründungsgeschehen von 1993 bis 2002 *) in Ostdeutschland **)

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1993	223.300	122.000	101.300
1994	175.000	116.400	58.600
1995	180.000	131.800	48.200
1996	154.000	126.500	27.500
1997	140.000	116.000	24.000
1998	143.400	119.000	24.400
1999	138.000	119.000	19.000
2000	137.000	109.000	28.000
2001	119.000	115.000	4.000
2002 *)	145.000	137.000	8.000

*) von Creditreform geschätzt

***) erst ab 2002 ist Berlin in Ostdeutschland miteinberechnet

Generell verbirgt sich nicht hinter einer Neugründung auch die Schaffung eines Unternehmens mit echten betrieblichen Strukturen. Bei einer Neugründung kann es sich auch um einen privaten Nebenerwerb, eine Übernahme oder eine neue Zweigniederlassung handeln. So ermittelte das Institut für Mittelstandsfor-

schung (IfM) für 2001 408.900 Neugründungen bei denen es sich um „echte“ Unternehmensneugründung im originären Sinne handelt.

Die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung weist für die Neugründungen die wirtschaftsaktiven Unternehmen, also Unternehmen, die am Wirtschaftsleben durch Geschäftsabschlüsse und mit der Absicht einer Gewinnerzielung teilnehmen, aus. Insgesamt sind 150.000 wirtschaftsaktive Unternehmen ermittelt worden. In Ostdeutschland sind bis Jahresende rund 33.000 wirtschaftsaktive Unternehmen entstanden. Der Anteil der wirtschaftsaktiven Unternehmen an den Neugründungen ist in Ostdeutschland mit gut 23 Prozent höher als in Westdeutschland (rund 20 Prozent). Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes bestätigen diese Berechnungen. Hier liegt der Anteil der wirtschaftsaktiven Betriebe im Osten mit rund 36 Prozent sogar deutlich höher als im Westen mit nur 23 Prozent.

Nur Gründung oder auch Geschäftstätigkeit?

Bei den Abmeldungen nannte ein Großteil der Betriebe wirtschaftliche Gründe als Erklärung für die Aufgabe der Geschäftstätigkeit. Weniger gewichtige Gründe für die Betriebsschließung waren eine Verlegung des Standortes, eine Änderung der Rechtsform oder eine Unternehmensübergabe. Eine Studie über die Finalisten des Wettbewerbs „Entrepreneur des Jahres“ zeigt die Merkmale eines erfolgreichen Unternehmers auf: Die erfolgreichen Firmen sind im Schnitt 17 Jahre alt und wurden in den meisten Fällen von einem Team gegründet. Rund zwei Drittel der Unternehmensgründer sind jünger als 40 Jahre und nehmen sich Zeit für ihre Kunden, Geschäftspartner und Mitarbeiter: Etwa die Hälfte der Befragten gab an, pro Woche über 60 Stunden zu arbeiten.

Generell tragen bürokratische Hemmnisse nicht gerade zur Förderung von Unternehmensgründungen bei. Diverse Genehmigungsfristen können eine Neugründung um bis zu zwei Jahre verzögern. Außerdem bewirkte das von der Bundesregierung verabschiedete Gesetz zur Förderung der Selbstständigkeit gerade das Gegenteil. Demnach gilt jemand als scheinselfst-

ständig, wenn der Unternehmer nur einen Auftraggeber hat. Doch gerade in der ersten Zeit der Selbständigkeit ist ein Hauptauftraggeber überlebensnotwendig bis sich weitere Kunden gefunden haben. Seit Einführung des Gesetzes im Jahr 1998 ist die Zahl der Unternehmensgründungen um gut ein Viertel zurückgegangen.

2.2 Neuzugänge nach Wirtschaftsbereichen

Bei Anordnung der Gewerbean- und -abmeldungen nach Wirtschaftsbereichen ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr ein ähnliches Bild. Der Anteil der Unternehmensneugründungen aus dem Handel- und Dienstleistungssektor beträgt über 80 Prozent. Spitzenreiter unter den Neugründungen ist mit 55,3 Prozent immer noch die Dienstleistungsbranche, gefolgt vom Handel mit einem Anteil von 26,1 Prozent.

Förderhöhe voll

Tab. 25: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Gesamtdeutschland

■	Anteil je 100 Neuerfassungen *)
Verarbeitendes Gewerbe	5
Baugewerbe	13
Handel	27
Dienstleistungen	55

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Um die Zahl der Unternehmensneugründungen zu erhöhen gibt es vom Bund, den Ländern und der Europäischen Union diverse finanzielle Fördermittel. Pro Jahr stehen rund 15 Milliarden Euro in mehr als 200 Förderprogrammen an Zuschüssen und zinsgünstigen Förderdarlehen zur Verfügung. Doch auch hier lauern bürokratische Hemmschuhe: Wer vor der Antragstellung begonnen hat, kann später die meisten Fördergelder nicht mehr in Anspruch nehmen. Außerdem lässt manchmal die Beratung der Banken zu wünschen übrig, denn sie sehen in der Vermittlung von öffentlichen Förderkrediten kein lohnendes Geschäftsfeld.

Die Deutsche Ausgleichsbank (DtA) - als ein Beispiel für die Unternehmensförderung - vergab 2001 43.000

Darlehen mit einem Gesamtvolumen von rund 3,8 Milliarden Euro. Nach Angaben der DtA profitieren mittlerweile Existenzgründerinnen immer stärker von solchen Fördermitteln: 2001 lag deren Anteil bei knapp 29 Prozent. Offenbar mit Erfolg: Heute wird in Deutschland bereits jedes dritte Unternehmen von einer Frau gegründet. Nach einer Studie der DtA sind Gründerinnen insbesondere in den Bereichen Dienstleistung und Handel anzutreffen.

Tab. 26: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Westdeutschland

■	Anteil je 100 Neuerfassungen *)
Verarbeitendes Gewerbe	5
Baugewerbe	11
Handel	26
Dienstleistungen	58

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Gründung im Bau?

Im Branchenvergleich West- und Ostdeutschland dominieren die Sektoren Dienstleistung und Handel, was die Anzahl an Neugründungen betrifft. Doch fällt der gestiegene Anteil der Neugründungen im Bausektor auf. Besonders in Ostdeutschland ist ein Anstieg des Anteils von 16,5 Prozent im vergangenen Jahr auf aktuell 26 Prozent zu verzeichnen. Diese hohe Gründungsintensität in der krisengeschüttelten Branche verwundert und lässt sich nur damit erklären, dass viele Unternehmen wegen des Jahrhunderthochwassers mit steigenden Aufträgen rechneten.

Tab. 27: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland

■	Anteil je 100 Neuerfassungen *)
Verarbeitendes Gewerbe	6
Baugewerbe	26
Handel	24
Dienstleistungen	44

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Bei den Eintragungen der Unternehmensanmeldungen im Handelsregister dominieren ebenfalls die

Dienstleistungs- und Handelsbranche mit einem Anteil an den Neueintragungen von insgesamt über 90 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet auch hier das Baugewerbe in Ostdeutschland eine Zunahme um gut einen Prozentpunkt, im Westen stagniert der Wert im Vergleich zum Vorjahr.

Tab. 28: Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen 2002

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Gesamtdeutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch. / Fischerei u. Fischzucht, Bergbau u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	221	0,25	63	0,37	284	0,27
Verarbeitendes Gewerbe	2.253	2,54	516	3,07	2.769	2,62
Energie u. Wasser - Versorgung	1.076	1,21	193	1,15	1.269	1,20
Baugewerbe/	3.519	3,97	1.460	8,68	4.979	4,72
Kfz-Handel	1.255	1,42	305	1,81	1.560	1,48
Groß- u. Einzelhandel	17.037	19,24	3.140	18,67	20.177	19,15
Gastgewerbe	1.526	1,72	304	1,81	1.830	1,74
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	2.105	2,38	408	2,43	2.513	2,38
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	560	0,63	84	0,50	644	0,61
Grundstücks- u. Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen	2.180	2,46	444	2,64	2.624	2,49
Datenverarbeitung u. Datenbanken	2.010	2,27	249	1,48	2.259	2,14
Forschung u. Entwicklung	52	0,06	31	0,18	83	0,08
Unternehmensnahe Dienstleistungen	53.428	60,32	9.233	54,90	62.661	59,46
Sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	1.349	1,52	388	2,31	1.737	1,65
Summe	88.571	99,99	16.818	100,00	105.389	99,99

Doch auch die „boomende“ Dienstleistungsbranche bleibt von der allgemeinen Konjunkturschwäche nicht verschont. Nach einer Umfrage von ZEW und Creditreform hat sich das Umsatzwachstum in der Dienstleistungsbranche im dritten Quartal 2002 auf eine jährliche Rate von 1,4 Prozent verlangsamt. Aller-

dings verzeichneten im gleichen Zeitraum mehr Unternehmen des Sektors eine gestiegene Nachfrage im Vergleich zu den ersten sechs Monaten diesen Jahres. Hier spielt wohl der Preisdruck eine wichtige Rolle. Insbesondere die IKT-Branchen konnten im dritten Quartal von einer gestiegenen Nachfrage berichten. Über die Hälfte der befragten Unternehmer erwartet sogar, dass ihr Umsatz im vierten Quartal steigen wird.

2.3 Neugründungen und Arbeitsplätze

Eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht. Im Oktober waren immerhin 3.929.800 Menschen ohne Lohn und Brot, das sind 204.300 mehr Arbeitslose als im Vorjahr. Da die Zahl der Gewerbeanmeldungen kontinuierlich abnimmt, besteht wenig Hoffnung, dass sich die Situation am Arbeitsmarkt durch Neugründungen wesentlich verbessern könnte. Etwa 323.000 Menschen (2001: 330.000) fanden 2002 durch Unternehmensgründungen eine neue Arbeitsstelle – das sind etwa zwei Prozent weniger als im vergangenen Jahr.

Weniger Arbeitsplätze durch Neugründer

So wurden im Verarbeitenden Gewerbe – sowohl im Westen als auch im Osten – durchschnittlich fünf neue Arbeitnehmer eingestellt. Das Baugewerbe weist im Osten eine höhere durchschnittliche Beschäftigtenzahl aus, der Handel im Westen.

Tab. 29: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei den produktiven Neugründungen 2002

■	West	Ost
Verarbeitendes Gewerbe	5	5
Baugewerbe	2	3
Handel	2	1
Dienstleistungen	2	2

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Das sogenannte Überbrückungsgeld erfreut sich bei angehenden Existenzgründern großer Beliebtheit. Mit dem Inkrafttreten des Job-Aktiv-Gesetzes wird es seit Anfang des Jahres nicht mehr erst nach vier Wochen Arbeitslosigkeit, sondern vom ersten Tag der Selbst-

ständigkeit an gewährt. Aufgrund der regen Nachfrage erhält die Bundesanstalt für Arbeit für dieses Jahr zusätzliche 145 Millionen Euro und für 2003 weitere 70 Millionen Euro an Überbrückungsgeld. Bis Ende Juni 2002 hatten bereits 58.000 Menschen einen Förderantrag gestellt. Im vergangenen Jahr wurden rund 96.000 Personen gefördert.

Insgesamt wurden durch Neugründungen im Westen 252.000 Arbeitsplätze von 117.000 wirtschaftsaktiven Betrieben geschaffen – das sind 9,9 Prozent weniger als 2001. Hauptarbeitsplatzgeber war auch diesmal die Dienstleistungsbranche mit 134.000 neuen Beschäftigten. Keine Branche konnte eine Steigerung bei der Anzahl der Arbeitsplätze erzielen. Im Vergleich zum Osten konnte der Handel im Westen mit zwei durchschnittlich geschaffenen Arbeitsplätzen eine höhere Beschäftigungsintensität erzielen.

Hälfte der neuen Arbeitsplätze bei Dienstleistern

Tab. 30: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen 2002 im Westen

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	5 x 6.000	30.000
Baugewerbe	2 x 13.000	26.000
Handel	2 x 31.000	62.000
Dienstleistungen	2 x 67.000	134.000
Gesamt	117.000	252.000

*) gerundet

In Ostdeutschland schafften 33.000 wirtschaftsaktive Unternehmen rund 70.000 neue Arbeitsplätze. Beachtlich ist die höhere Beschäftigungsintensität im Baugewerbe.

Tab. 31: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen 2002 im Osten

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	4 x 2.000	8.000
Baugewerbe	3 x 9.000	27.000
Handel	1 x 8.000	8.000
Dienstleistungen	2 x 14.000	28.000
Gesamt	33.000	71.000

*) gerundet

Generell ließ die Arbeitsplatzschaffung durch Neugründungen in den vergangenen Jahren nach. Neben einem überregulierten Arbeitsmarkt mit starrem Kündigungsschutz und Tariflöhnen vermuten Wissenschaftler auch hohe Bürokratie- und Arbeitsplatzkosten als Grund für die Einstellungszurückhaltung der Unternehmer. So haben Mittelstandsforscher berechnet, dass gerade bei Kleinstunternehmen jeder Arbeitsplatz Bürokratiekosten in Höhe von rund 3500 Euro verursacht. Ebenso lagen laut Statistischem Bundesamt die Arbeitskosten für die Arbeitgeber im Verarbeitenden Gewerbe, Handel sowie in der Kredit- und Versicherungsbranche im Jahr 2000 bei durchschnittlich 43.700 Euro je vollbeschäftigten Arbeitnehmer. Dies entspricht einem Anstieg um 7,1 Prozent im Vergleich zur Erhebung aus dem Jahr 1996.

2.4 Neueintragungen und Löschungen in den Handelsregistern der Bundesländer

Tab. 32: Unternehmensneueintragungen und -löschungen nach Bundesländern in West- und Ostdeutschland 2002 in absoluten Zahlen

■	Neueintragungen		Löschungen	Saldo
	Absolut	Veränderung zu 2001		
Baden-Württemberg	11.246	- 8,7%	5.662	5.584
Bayern	17.353	- 6,5%	6.559	10.794
Berlin	5.207	- 8,1%	3.490	1.717
Brandenburg	2.617	- 8,3%	1.633	984
Bremen	981	- 27,4%	890	91
Hamburg	5.261	- 1,6%	1.741	3.520
Hessen	9.755	- 6,6%	4.722	5.033
Mecklenburg-Vorp.	1.619	+ 1,1%	731	888
Niedersachsen	10.560	+ 13,1%	3.789	6.771
Nordrhein-Westfalen	24.054	- 3,1%	11.329	12.725
Rheinland-Pfalz	3.996	- 6,4%	1.960	2.036
Saarland	1.122	- 4,9%	416	706
Sachsen	3.538	- 7,8%	2.617	921
Sachsen-Anhalt	1.928	- 9,5%	1.232	696
Schleswig-Holstein	4.243	- 4,0%	1.888	2.355
Thüringen	1.909	- 8,5%	1.351	558
Gesamt	105.389	- 4,4%	50.010	55.379

Die Zahl der Neugründungen im Handelsregister beträgt in diesem Jahr 105.400. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Rückgang um 4,4 Prozent. Aus dem Register ausgetragen haben sich 2002 rund 50.000 Unternehmen. Bei der Differenzierung nach verschiedenen Bundesländern fällt auf, dass der Gründergeist in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg am stärksten ausgeprägt ist. So fanden 22,8 Prozent der Handelsregistereintragungen in NRW, 16,5 Prozent in Bayern und 10,7 Prozent in Baden-Württemberg statt.

Um die Unternehmensgründung zu forcieren, sollen in den Bundesländern mehr Gründerlehrstühle geschaffen werden. In den vergangenen fünf Jahren sind rund 40 Entrepreneurship-Lehrstühle in Deutschland entstanden, darunter viele Stiftungsprofessuren von Unternehmen. Um die gründungsbezogene Aus- und Weiterbildung auszubauen, fördert die DtA bereits vier Gründerlehrstühle finanziell. Eine weitere Aktion: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt mit seiner Initiative „Exist - Existenzgründer aus Hochschulen“ regionale Verbände von Hochschulen mit Partnern aus der Wirtschaft, die den Studierenden auf dem Weg zur Selbstständigkeit helfen sollen. In den ersten fünf von inzwischen 15 geförderten Regionen um Stuttgart, Karlsruhe, Wuppertal, Dresden und Jena hat es bislang über 430 Unternehmensgründungen von Studierenden gegeben.

■ 3 Zusammenfassung

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland hat 2002 eine neue Rekordmarke erreicht: Insgesamt stellten in diesem Jahr 82.400 Unternehmen und Privatpersonen einen Insolvenzantrag. Im Vergleich zum Vorjahr (2001: 49.510) entspricht das einer Steigerung von 66,4 Prozent. Bei den Unternehmen mussten 37.700 Betriebe einen Insolvenzantrag stellen, das entspricht im Vergleich zum Vorjahr (2001: 32.390) einer Steigerung von 16,4 Prozent. In Ostdeutschland sind 11.100 Fälle zu konstatieren. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Steigerungsrate von 4,3 Prozent; wohingegen in den alten Ländern ein Anstieg um 22,3

Prozent von 21.750 Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2001 auf 26.600 im Jahr 2002 zu verzeichnen ist.

Der überwiegende Teil der Insolvenzen – rund 44.700 – wurde von Verbrauchern und „Sonstigen Insolvenzen“ – beispielsweise den Gesellschaftern eines zahlungsunfähigen Unternehmens – verursacht. In der Rubrik „Sonstige Insolvenzen“ ist eine markante Zunahme von 3.630 Fällen im Vorjahr auf 21.800 Fällen im Jahr 2002 zu verzeichnen. Auch die Zahl der „Konsumentenkonkurse“ ist im Vergleich zu 2001 um 69,8 Prozent auf 22.900 Fälle angestiegen. In Ostdeutschland nahmen die Verbraucherinsolvenzen im Vergleich zum Vorjahr nur um 2,6 Prozent auf 2.400 Fälle zu. Doch verzeichnen die neuen Bundesländer insbesondere bei den „Sonstigen Insolvenzen“ eine deutliche Steigerung um 1323,1 Prozent auf 7.400 Fälle.

Die Gesamtschäden, die Unternehmen, Privatpersonen und Öffentlicher Hand durch Insolvenzen entstanden sind, summieren sich in diesem Jahr auf 38,4 Milliarden Euro. Im Jahr 2001 waren es noch 32,3 Milliarden Euro. Für den 20-prozentigen Anstieg waren im vergangenen Jahr auch Großinsolvenzen wie die von Holzmann und Kirch verantwortlich. Die Zahl der privaten Forderungsverluste je Insolvenzfall in Westdeutschland stagniert. So beträgt der durchschnittliche Forderungsverlust für die Gläubiger in diesem Jahr 801.000 Euro (2001: 800.000 Euro). In Ostdeutschland hingegen stieg der private Forderungsverlust je Insolvenzfall von 432.000 Euro im Vorjahr auf 477.000 Euro in 2002.

Die Betrachtung der Insolvenzen nach Umsatzgrößen zeigt, dass in Westdeutschland 210 Insolvenzunternehmen einen Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro verzeichneten. Im Vergleich zum Vorjahr sind das weitere 53 Großunternehmen, die Insolvenz anmelden mussten.

Bei der Betrachtung der Unternehmensgröße und des Alters insolventer Unternehmen zeigt sich, dass Betriebe insbesondere in den ersten vier und nach über zehn Jahren von einer Insolvenz gefährdet sind. So

entspricht der Anteil der über zehnjährigen Betriebe an den insolventen Unternehmen in Westdeutschland 32,5 Prozent und in Ostdeutschland 24,8 Prozent. Unternehmen die zwischen drei und vier Jahren alt sind machen an den Insolvenzen insgesamt gut 20 Prozent aus. Bei den Insolvenzen stellen immer noch die kleinen und mittleren Betriebe den Löwenanteil: So beträgt der Anteil insolventer Unternehmen bei Betrieben mit einem bis fünf Angestellten in Deutschland 63,9 Prozent. Doch auch mittelgroße Betriebe mit 6 bis zehn Arbeitern summieren sich immerhin zu 14,2 Prozent der Gesamtinsolvenzen zusammen. Insgesamt waren 2002 590.000 Arbeitsplätze durch insolvente Unternehmen negativ betroffen (Vorjahr: 503.000; Anstieg: 17,3 Prozent).

Insbesondere in den Bereichen Handel und Bau machte sich die Konsumzurückhaltung aber auch die mangelnde Investitionsbereitschaft deutlich bemerkbar. So stieg die Zahl der Handelsbetriebe, die Insolvenz anmelden mussten, um 32,3 Prozent auf 8.800 Unternehmen an. Die Dienstleistungsbranche stellt mit einem Anteil von 43,2 Prozent am Insolvenzgeschehen insgesamt den größten Anteil dar.

Unter den Branchen ist das Baugewerbe besonders häufig von Unternehmenspleiten betroffen. Die relative Risikoquote, also die Zahl der Insolvenzen ins Verhältnis gesetzt zu den existierenden Betrieben des entsprechenden Wirtschaftszweiges, gibt weiteren Aufschluss. So kommen im Baugewerbe auf 10.000 Unternehmen 270 Insolvenzen. In den restlichen Branchen liegt dieser Wert gut um die Hälfte niedriger.

Doch es gibt auch positive Entwicklungen zu melden: Seit drei Jahren gibt es weniger Unternehmensinsolvenzen, die mangels Masse abgelehnt werden müssen. Von den rund 26.600 Unternehmensinsolvenzen in 2002 wurden in Westdeutschland lediglich 11.200 mangels Masse abgelehnt. Das entspricht einem Anteil von 42,1 Prozent. Im Vorjahr betrug dieser Anteil noch 55 Prozent. In Ostdeutschland mussten 45,9 Prozent der Insolvenzanträge (5.100 Unternehmen) abgelehnt

werden, da die Liquidationsmasse die Kosten des Verfahrens nicht decken würde - 2001 waren es 5.810.

Viele mittelständische Unternehmen sind nicht ausreichend gegen eine mögliche Pleite gewappnet, da sie mit einer durchschnittlichen Eigenkapitalquote von 16 Prozent im internationalen Vergleich unter dem Durchschnitt liegen. 41,2 Prozent der befragten mittelständischen Unternehmen geben an, mit einer Eigenkapitalquote von bis zu zehn Prozent ausgestattet zu sein. Lediglich 16,6 Prozent verfügen über eine solide Eigenkapitalausstattung von über 30 Prozent im Verhältnis zur Bilanzsumme. Auch die zukünftige Ertragslage wird nach Einschätzung deutscher Mittelständler im Vergleich zum Vorjahr deutlich schlechter ausfallen. Fast die Hälfte der Befragten (48,9 Prozent) befürchtet sinkende Erträge.

Doch nicht nur die Insolvenzen spiegeln ein trübes Bild der mittelständischen Wirtschaft wider, auch die Unternehmensneugründungen sinken 2002 im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 Prozent auf 729.000 Neueintragen. Allerdings ist die Zahl der Unternehmensabmeldungen 2002 ebenfalls rückläufig und beträgt rund 627.000. Im Jahr zuvor waren es noch 660.000. Der Saldo aus An- und Abmeldungen pendelt sich auf dem Niveau des Vorjahres (98.000) auf aktuell 102.000 ein.

Bei Anordnung der Gewerbean- und -abmeldungen nach Wirtschaftsbereichen hat sich im Vergleich zum Vorjahr wenig geändert. Noch immer dominiert der Anteil der Neugründungen aus dem Dienstleistungs- und Handelssektor mit insgesamt über 80 Prozent. Spitzenreiter unter den Neugründungen sind mit 55 Prozent die Dienstleister, gefolgt vom Handel mit einem Anteil von 27 Prozent.

Entsprechend der abnehmenden Anzahl von Neueintragen werden 2002 auch weniger Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Betriebe geschaffen. Waren es 2001 insgesamt noch 330.000 Arbeitsplätze sind es in diesem Jahr nur noch 323.000. Hauptarbeitsgeber ist auch in diesem Jahr die Dienstleistungsbranche mit 134.000 neu Beschäftigten. In Ostdeutschland konnten

33.000 wirtschaftsaktive Betriebe rund 70.000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Das Verarbeitende Gewerbe konnte sowohl im Osten als auch im Westen durchschnittlich fünf neue Arbeitsplätze schaffen. Die übrigen Branchen Baugewerbe, Handel und Dienstleistungen konnten im Westen nur durchschnittlich zwei neue Beschäftigte durch Neugründung einstellen. Das Baugewerbe weist im Osten eine höhere durchschnittliche Beschäftigtenzahl aus, der Handel im Westen.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2002, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 04. Dezember 2002